



REPUBLIK ÖSTERREICH  
BUNDESKANZLERAMT

A-1014 Wien, Ballhausplatz 2  
Tel. (++43)-1-53115/0  
Fernschreib-Nr. 1370  
DVR: 0000019

GZ 140.520/88-VII/1/97

An das  
Präsidium des  
Nationalrates  
Parlament  
Dr. Karl Renner-Ring 3  
1017 WIEN

Betrifft <b>GESETZENTWURF</b>	
Zi. <u>82</u>	-GE/19 <u>97</u>
Datum: 23. OKT. 1997	
Verteilt <u>29. 10. 97</u>	

**Dringend**

*D. Scheffbeck*

Sachbearbeiter

Klappe/DW

Ihre GZ/vom

LASSER

2972

Betrifft: Entwurf einer Novellierung des Bundesgesetzes über Fachhochschul-Studiengänge (FHStG), BGBl. Nr. 340/1993; Begutachtungsverfahren

Im Sinne der Entschließung des Nationalrates betreffend die Begutachtung der an die vorbereitenden Körperschaften und Zentralstellen versendeten Gesetzesentwürfe wird die Stellungnahme zu dem vom Bundesministerium für Wissenschaft und Verkehr zur Begutachtung versendeten Entwurf einer Novellierung des Bundesgesetzes über Fachhochschul-Studiengänge (FHStG), BGBl. Nr. 340/1993, in 25facher Ausfertigung übermittelt.

Beilage

25 Kopien

22. Oktober 1997  
Für die Bundesministerin für  
Frauenangelegenheiten und Verbraucherschutz:  
HOFFMANN

Für die Richtigkeit  
der Ausfertigung:

*[Handwritten signature]*



REPUBLIK ÖSTERREICH  
BUNDESKANZLERAMT

A-1014 Wien, Ballhausplatz 2  
Tel. (++43)-1-53115/0  
Fernschreib-Nr. 1370  
DVR: 0000019

GZ 140.520/88-VII/1/97

An das  
Bundesministerium für  
Wissenschaft und Verkehr  
Minoritenplatz 5  
1014 WIEN

**Dringend**

Sachbearbeiter

Klappe/DW

Ihre GZ/vom

LASSER

2972

Betrifft: Entwurf einer Novellierung des Bundesgesetzes über Fachhochschul-Studiengänge (FHStG), BGBl. Nr. 340/1993; Begutachtungsverfahren

Zum Entwurf einer Novellierung des Bundesgesetzes über Fachhochschul-Studiengänge (FHStG), BGBl. Nr. 340/1993, ergeht folgende Stellungnahme:

Grundsätzlich ist die Einrichtung von Fachhochschulen als neuem staatlichen Bildungsangebot, das regionale, insbesondere arbeitsmarktpolitische Erfordernisse berücksichtigt, zu begrüßen.

In der postsekundären Berufsausbildung können solche Studiengänge, die sich um eine hochqualifizierte, anspruchsvolle Berufsausbildung bemühen und die der zeitgemäßen Nachfrage des Arbeitsmarktes entsprechen, den AbsolventInnen gute berufliche Voraussetzungen bieten.

Aus frauenspezifischer Sicht ist jedoch anzumerken, daß Fachhochschul-Studiengänge überwiegend von männlichen Studierenden absolviert werden.

Mit Ausnahme der Tourismus-Studiengänge, wo Frauen mit ca 60 % der Studierenden in der Mehrheit sind, sind weniger als ein Viertel der Studierenden an Fachhochschulen weiblich.

Weiters sind über 80 % der Lehrenden an Fachhochschulen männlich.

Besonders kraß ist dieses Verhältnis im Bereich der technischen Studiengänge.

Im Studienjahr 1995/96 waren in diesem Bereich 7 Frauen und 138 Männer als Lehrkräfte tätig.

Aus frauenpolitischer Sicht wird daher angeregt, einerseits auch solche Berufsfelder zu berücksichtigen, die von Frauen bevorzugt werden, wie z.B. den Bereich des Gesundheitswesens, und andererseits spezifische Fördermaßnahmen zu entwickeln bzw. zu ergreifen, die Frauen auffordern und motivieren, auch verstärkt in den Bereichen Technik und Wirtschaft Fachhochschul-Lehrgänge zu absolvieren.

In diesem Zusammenhang wird darauf hingewiesen, daß an die Bundesministerin für Frauenangelegenheiten und Verbraucherschutz bereits wiederholt die Problematik von Akademien (pädagogische Akademien, Akademien für medizinisch-technische Berufe und Sozialakademien) im Hinblick auf die Einrichtung von Fachhochschulen herangetragen wurde.

Die Ausbildung an einer Akademie wird überwiegend von Frauen ergriffen. Der Anteil der männlichen Studierenden an diesen Akademien ist mit maximal 25 % relativ niedrig.

AbsolventInnen dieser Akademien sind jedoch sowohl hinsichtlich eines Aufbaustudiums als auch bezüglich der Erlangung einer Leitungsfunktion gegenüber AbsolventInnen der Fachhochschul-Lehrgänge benachteiligt.

Es wäre daher im Hinblick auf eine Verbesserung der Berufs- und Karrierechancen von Frauen begrüßenswert, wenn sowohl die Anregung zur Frauenförderung im Bereich der Fachhochschulen als auch die Problematik einer Neuordnung der Ausbildung an den Akademien, insbesondere der Ausbildung zur Sozialarbeit, aufgegriffen und in den beabsichtigten Maßnahmen bei der Weiterentwicklung im Fachhochschulbereich Berücksichtigung fänden.

22. Oktober 1997  
Für die Bundesministerin für  
Frauenangelegenheiten und Verbraucherschutz:  
HOFFMANN

Für die Richtigkeit  
der Ausfertigung:

